

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 44 (1952)
Heft: 5

Artikel: Was wird aus Marokko?
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353537>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sollte das Volk aber das einmalige bescheidene Opfer ablehnen, so müßte der Kampf um eine gerechte Verteilung der Lasten weitergeführt werden. Der Zuschlag zu der Wehrsteuer würde dann erst recht notwendig, und zwar nicht nur für die Jahre 1951 bis 1954. Darüber aber wäre dann im Rahmen der Auseinandersetzungen über die Finanzordnung des Bundes nach 1954 zu reden. Der ganze Fragenkomplex, einschließlich der Finanzierung der Sozialpolitik, stünde dann wieder erneut zur Diskussion.

Was wird aus Marokko?

I.

Frankreich hat in der Frühzeit der Kolonialgeschichte der europäischen Völker ausgedehnte überseeische Gebiete besessen. Es ist zu ihrer Behauptung in zahlreiche Konflikte mit Grossbritannien geraten, die nicht nur in den Kolonien selbst, sondern auch in Europa in mehr oder minder blutigen Kämpfen ausgetragen wurden, so zum Beispiel im Siebenjährigen Krieg, in dem England Friedrich II. von Preussen finanziell unterstützte. Die meisten dieser Kolonialbesitzungen sind bereits vor der grossen Revolution wieder verloren worden. Zu der Zeit, da Frankreich nach Abschluss der napoleonischen Epoche auf dem Wiener Kongress seinen Frieden mit Europa schloss, war es mit der kolonialen Herrlichkeit so gut wie vorbei. Achtzig Jahre später ist rund ein Drittel Afrikas und ein reiches Gebiet Ostasiens, Indochina, von neuem französischer Kolonialbesitz. Die Wiedererwerbung dieser grossen überseeischen Gebiete wurde zum grössten Teil nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 vollzogen, und zwar, im Gegensatz zu vielen von französischer Seite gehegten Befürchtungen, unter der Zustimmung Deutschlands, das annahm, Frankreich werde auf diese Weise leichter über seine europäische Niederlage hinwegkommen. — Rund vierzig Jahre später, nach dem Zweiten Weltkrieg, sieht Frankreich sich genötigt, eine neue Epoche — die letzte — seiner Kolonialpolitik einzuleiten. Es proklamiert die Errichtung der Union Française, einer französischen Völkergemeinschaft nach dem Muster des britischen Commonwealth, die aus dem Mutterland und aus dem grössten Teil der bisherigen Kolonien bestehen soll. Diese französische Union schwebt aber vorläufig in der Luft, und es ist schwer zu sagen, ob und wann sie lebendige Wirklichkeit werden wird. Bis jetzt hat die Vierte Republik sich sehr spät dazu entschlossen — siehe Indochina — den in Frage kommenden Kolonialländern jene Zugeständnisse zu machen, die diesen die Zugehörigkeit zur französischen Union begehrenswert machen könnte. Nach Indochina wird diese Frage besonders in Nordafrika aktuell. Zahlreiche politische Kreise in Frankreich, und nicht etwa

nur die Linke, sind der Auffassung, dass rechtzeitige und weitgehende Konzessionen nötig seien, um den nordafrikanischen Völkern den Beitritt zur französischen Union schmackhaft zu machen und die Eingeborenen nicht in die Arme der Kommunisten zu treiben, die überall versuchen, in nationalistischer Verkleidung ihre eigenen politischen Geschäfte zu betreiben.

Man wird natürlich die nordafrikanischen und die indochinesischen Verhältnisse nicht einfach gleichsetzen dürfen. Das Tempo und die Methoden der Entwicklung können nicht überall dieselben sein. Wirtschaftliche und kulturelle, geographische und bevölkerungspolitische Fragen spielen hier hinein und müssen entsprechend berücksichtigt werden. So sind beispielsweise in Indochina durch den Krieg in Korea, der nahezu eine allgemeine West-Ost-Auseinandersetzung herbeigeführt hat, durch die Bedeutung der langen chinesisch-indochinesischen Grenze für die dortigen Kämpfe neue Gesichtspunkte hinzugetreten, die im Anfang kaum vorhanden waren. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass Frankreich neben dem allgemeinen Kampf gegen den Kommunismus nach wie vor ein eigenes Prinzip in Indochina zu verteidigen glaubt, das nunmehr auch in Afrika (vor allem in Nordafrika) vorhanden ist. Ein endgültiger Verzicht auf Indochina würde gefährliche Konsequenzen für Afrika haben und könnte das Flämmchen der Auflehnung und Abfallbewegung zur hell auflodernden Flamme der Forderung nach vollständiger Unabhängigkeit entfachen.

II.

Es ist daher verständlich, wenn weite französische Kreise, in denen alle politischen Meinungen vertreten sind, sich dafür einsetzen, dass man den demokratischen Kräften in Marokko rechtzeitig entgegenkommen und Reformen durchführen solle, damit der vorläufig noch sehr schwachen kommunistischen Propaganda der Wind aus den Segeln genommen werde. — Die marokkanische Angelegenheit ist nicht nur durch den im letzten Herbst stattgehabten Staatsbesuch des Sultans in Paris besonders aktuell geworden, sondern auch im Zusammenhang mit den Weltereignissen und den allgemeinen politischen Spannungen, die die Völker in Atem halten. Die militärische Bedeutung des Landes, die vom Zweiten Weltkrieg her bekannt ist, erhellt auch aus der Tatsache, dass in Marokko sieben neue Flugplätze geschaffen worden sind, die vor allem den Bedürfnissen der amerikanischen Luftwaffe dienen werden. Es ist, falls die grosse Katastrophe nicht abgewendet werden könnte, von der grössten Bedeutung, dass das wegen seiner Mittelmeerlage wichtige Nordafrika, von dem aus der vordere Orient wirksam unterstützt werden kann (und auch wegen der Bodenschätze dieser Regionen), entschlossen auf Seiten der Westmächte steht.

Die Auffassungen, auf welche Weise das am besten zu erreichen sei, sind geteilt. Man hört sowohl die Meinung, dass demokratisch-politische Reformen, die der einheimischen Bevölkerung ein grösseres Mitbestimmungsrecht besonders in der inneren Verwaltung des Landes einräumen, die Hebung der wirtschaftlichen Lage der ärmeren Bevölkerungsklassen, die besten Mittel seien, die Verbindung mit Frankreich zu festigen. Man trifft jedoch ebenfalls auf die Ansicht, dass im Augenblick nur die unbedingt unvermeidbaren Reformen durchgeführt werden sollten, damit man die Dinge fest in der Hand behalte. Denn es sei nur ein verhältnismässig kleiner Kreis Einheimischer (ehrgeizige bürgerliche Elemente und berufsmässige kommunistische Unruhestifter), die weitgehende Rechte der Mitbestimmung über das Land forderten. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sei mit den bestehenden Verhältnissen vollkommen zufrieden und habe für weitgehende demokratische und wirtschaftliche Reformen keinerlei Interesse.

Es könnte auf den ersten Blick so scheinen, als ob das richtig sei. Denn von den 8 100 000 Mohammedanern, die das Land zählt, sind rund 7 000 000 arme, schwer arbeitende Fellahs, die den Boden bebauen und sich, bis zur Stunde, um politische Dinge kaum sorgen. Das ist mit dem Rest der mohammedanischen Bevölkerung, die sich aus Industriearbeitern, Hafenarbeitern, Händlern, besser gestellten Landwirten und Angehörigen der zahlreichen sonstigen (meist städtischen) Berufe zusammensetzt, schon etwas anders. Ganz zu schweigen von den fast 300 000 Franzosen, mehr als 200 000 Juden und knapp 60 000 Fremden, die den politischen und den eng mit ihnen verbundenen wirtschaftlichen Fragen ein mehr oder minder grosses Interesse entgegenbringen. Man wird diese Fragen unter zwei Hauptgesichtspunkten zu betrachten haben. Einmal unter dem der inneren Auseinandersetzung verschiedener Gesellschaftsgruppen um einen grössern Anteil an Einfluss und Macht, die aber, wenn sie Bedeutung haben sollen, zuerst einmal der Schutzmacht, Frankreich, abgerungen werden müssen. Die inneren Kämpfe haben von jeher eine grosse Rolle in Marokko gespielt. Sie sind oft sehr blutig gewesen, und die Fellahs haben in den zahllosen Konflikten zwischen den verschiedenen Feudalherren immer wieder opferreiche Kämpfe führen müssen. Die Uebernahme des Protektorats durch Frankreich und der im Jahre 1912 abgeschlossene Vertrag von Fez haben dem ein Ende gesetzt. Der Sultan von Marokko, der bis dahin nur der geistliche Oberherr gewesen war, wurde zum politischen Herrscher gemacht und, unter dem Druck Frankreichs, auch von den Feudalherren, den Paschas, als solcher anerkannt. Diese Anerkennung war jedoch in hohem Masse formaler Natur. Sie ist es bis heute geblieben, und die Feudalherren üben in ihren Gebieten eine fast unbeschränkte Herrschaft über ihre fellachischen Untertanen aus, die sich ihr bis heute willig gefügt haben. Die Bestrebungen des

Sultans, die von ihm ausgeübte Zentralmacht zu stärken, ist eines der Zeichen, unter dem die gegenwärtigen Auseinandersetzungen stattfinden. Die französische Schutzmacht ist, bis zu einem gewissen Grade, Förderer einer stärkeren Zentralmacht. Aber sie geht sehr vorsichtig dabei zu Werke, da der dem Sultan zufließende Machtzuwachs nicht nur aus der Machtverminderung der Paschas kommen kann, sondern auch eine Uebertragung von Rechten an den durch den Sultan verkörperten marokkanischen Staat bedeutet, die bisher von der Schutzmacht ausgeübt wurden. Da die Paschas jeder Neuordnung der innerpolitischen Machtverhältnisse des Sultanats abgeneigt sind und ihre Fellahs fest in der Hand haben, ist ihr grosser tatsächlicher Einfluss auf die Masse der einheimischen Bevölkerung ein Faktor, den die Schutzmacht ausgezeichnet gegen Forderungen auszuspielen vermag, die ihr zu weit gehen.

Es ist jedoch wenig wahrscheinlich, dass die massgebenden politischen Kreise Frankreichs, nach den bitteren in Indochina gemachten Erfahrungen, ein grosses Zutrauen zu einer Politik haben, die, gestützt auf die feudalen Kräfte des Landes, den demokratischen Reformen auszuweichen sucht, deren Bewilligung sich umgehen lässt. Es wird nicht alles auf einmal gemacht und eine marokkanische Autonomie hergestellt werden können, zu deren Durchführung dem Lande nicht nur die administrativen Kräfte, sondern auch die meisten anderen politischen und geistigen Voraussetzungen fehlen. Es wird sich nur um einen Anfang handeln können, der eine lokale Selbstverwaltung herstellt und auf all jenen Gebieten der Zentralverwaltung französische Kräfte durch einheimische ersetzt, soweit diese vorhanden sind. (Man ist gerade jetzt, nach monatelangen Verhandlungen, zu ähnlichen Abmachungen in Tunis gekommen, das freilich nicht schlechthin mit Marokko verglichen werden kann. Während Tunis das Land der Städte ist, in dem ein Drittel der Bevölkerung in grösseren oder kleineren Städten wohnt und eine städtische Beschäftigung ausübt, leben in Marokko vier Fünftel der Bewohner auf dem Lande in einem absolut abhängigen Verhältnis zu den Feudalherren, die es in Tunis kaum noch gibt. Die modernen Ideen haben in Tunis auch weite Kreise der einheimischen Beduinen erfasst, und die nationalistische Partei des Neo-Destour in Tunis hat sich, nach der Abschüttelung des anfänglich starken kommunistischen Einflusses, zu einer Kompromisslösung bereit gefunden, die alle Teile, abgesehen die beiden Extreme: Kolonialismus und Kommunismus, befriedigt.)

Die patriarchalische Herrschaft der grossen und kleinen Paschas lebt in den weiten ländlichen Gebieten Marokkos noch so gut wie unangetastet das alte Leben weiter, und es wird sehr schwierig sein (selbst für die kommunistische Propaganda), diese durch religiöse Vorschriften gestützte Lebensgewohnheiten zu beseitigen. Die auch in Marokko vorhandene nationalistische Bewegung, der Istiqlal, ist

fast ausschliesslich eine städtische Bewegung bürgerlich-radikalen Ursprungs, deren Führung sich aus Intellektuellen, aber vor allem aus wohlhabenden moslemischen Kreisen zusammensetzt. Man wirft ihr vor, dass sie in enger Verbindung mit den — wenig zahlreichen — kommunistischen Elementen stehe, was von den leitenden Leuten des Istiqlal ganz entschieden bestritten wird. Die Zahl der Mitglieder dieser Organisation soll nur wenige Tausende betragen, man schätzt jedoch die mit der Bewegung Sympathisierenden auf 30 000 bis 40 000 Personen. Diese Organisation ist, ebenso wie die kommunistische, von den Behörden bisher noch nicht offiziell genehmigt worden. Sie sind beide nur toleriert; das würde ein eventuelles Verbot wesentlich erleichtern, sofern die französische Administration dieses Mittel anwenden will, was man aber für wenig wahrscheinlich hält. Die marokkanischen Kommunisten, deren Zahl sehr gering sein soll, sind fast gänzlich mit der kommunistischen Gewerkschaftsorganisation, mit der CGT, identisch. Gewerkschaftliche Organisationen, auch der eingessessenen Bevölkerung, sind nur erlaubt, wenn sie ein französisches Büro haben. Das trifft für die kommunistischen Gewerkschaften zu; ein freigewerkschaftliches französisches Büro ist bis zur Stunde nicht vorhanden. Man soll aber die Absicht haben — Geldfragen spielen dabei eine grosse Rolle —, eins ins Leben zu rufen, und man glaubt, dass die freigewerkschaftliche Bewegung in Marokko grössere Aussichten habe, die Arbeiter um den Gewerkschaftsgedanken zu sammeln als die der Kommunisten.

Das wird freilich erst dann möglich sein, wenn die gegenwärtigen, den gewerkschaftlichen Verbänden ungünstigen Bestimmungen geändert und dem Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, keine behördlichen Hindernisse mehr bereitet werden. Bisher sind die wenig zahlreichen einheimischen Gewerkschaften stark von anti-französischen und nationalistischen Tendenzen beeinflusst worden. Sie wurden indirekt durch die Haltung der meisten europäischen Arbeiter insofern verstärkt, als diese die soziale Gleichberechtigung der eingeborenen Arbeitskollegen nicht anerkannten. Es wird die Aufgabe des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, vor allem aber der französischen freigewerkschaftlichen Organisation Force ouvrière sein, hier Abhilfe zu schaffen und dafür zu sorgen, dass die Minderbewertung der eingeborenen Arbeiterschaft (die arbeitsmässig meist weniger qualifiziert ist) durch europäische Arbeiter ein Ende nimmt. Der Gegensatz zwischen der musulmanischen und der europäischen Bevölkerung ist freilich nicht auf die Arbeiterschaft beschränkt, wo er relativ am wenigsten stark ist. Er durchzieht sämtliche Schichten der Bevölkerung und zeigt sich auch darin, dass bei den andauernd geführten französisch-marokkanischen Besprechungen über die in Marokko einzuführenden Reformen, man den im Lande wohnenden Franzosen keineswegs auf allen Ge-

bieten die gleichen Rechte zuerkennen will und ihnen zum Beispiel das Wahlrecht für die kommunalen Vertretungskörperschaften verweigert. Man wird vielleicht annehmen dürfen, dass bei der fortschreitenden industriellen Erschliessung des Landes, in dessen Boden mineralische Reichtümer fast jeder Art ruhen, der Appell an die soziale Solidarität eine nachhaltigere Wirkung haben wird als der an die nationalistischen Instinkte.

III.

Als der Sultan von Marokko im Herbst des vorigen Jahres der französischen Hauptstadt einen Staatsbesuch abstattete, verfolgte er hauptsächlich den Zweck, sich mit der französischen Regierung über ein Reformwerk zu verständigen, das so schnell wie möglich die auf den Vertrag von Fez aus dem Jahre 1912 gegründete französische Marokko-Politik ersetzen sollte. Es ist bisher zu dieser Verständigung nicht gekommen, und das Verhältnis des Sultans zu Frankreich (vor allem zum französischen Residenten, General Juin) hatte sich stark zugespitzt. Man wirft dem Sultan vor, dass er die sehr radikalen Reformpläne des Istiqlal billige, und nützt ganz besonders die (vom Istiqlal selbst bestrittene) Tatsache aus, dass auf diese Weise eine Verbindung des Staatsoberhauptes mit den Kommunisten hergestellt sei. Das Kabinett des Sultans hat diese Verbindung mit den Kommunisten als Hirngespinnst bezeichnet, aber nicht in Abrede gestellt, dass er ein Anhänger demokratischer Reformen und eines demokratischen Regimes sei. Ein solches Regime stehe nicht im Widerspruch — so heisst es in der Thronrede vom 18. November 1950 — mit den Grundsätzen des Islam.

Der Sultan hat bei seinem Pariser Besuch nicht verschwiegen (und die Besprechungen über diesen Punkt haben nach seiner Rückkehr nicht aufgehört), dass er schnelle Reformen erwarte. Diese müssten vor allem auf die Schaffung einer marokkanischen Autonomie gerichtet sein und so schnell wie möglich eine sehr viel umfangreichere Beteiligung der marokkanischen Autoritäten an der inneren Verwaltung des Landes verwirklichen. Bisher ist nichts dergleichen geschehen; man darf indessen annehmen (das geht aus den Erklärungen hervor, die der französische Aussenminister verschiedentlich im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung wie in dieser selbst abgegeben hat), dass demokratische Reformen stattfinden werden und dass auch ein neues *Gewerkschaftsrecht* verkündet werden soll. Dieses wäre in der Tat besonders wichtig, damit das gewerkschaftliche Monopol, das die Kommunisten heute im Scherifenreich besitzen, endlich gebrochen wird. Man hat in den Kreisen der freien Gewerkschaften Frankreichs nie verstanden, weshalb man die Lösung dieser dringenden Frage nicht bereits längst als eine besondere, von den anderen Dingen zu trennende Aufgabe vorgenommen hat.

Verschiedene Vorfälle haben gezeigt, wie sehr die Spannung in Marokko gestiegen ist und wie notwendig es ist, dass das von der französischen Regierung beabsichtigte Reformwerk ohne Zögern durchgeführt wird, es wird sogar vielfach bezweifelt, ob es genügt und nicht wesentlich erweitert werden müsste. — Als im Dezember 1950, auf der Tagung des «Rates der Regierung», der diese in Wirtschaftsfragen zu beraten hat, ein Mitglied des Istiqlal einen Bericht verlesen wollte, wurde das vom General Juin verhindert, da dieser Bericht schwere Beleidigungen Frankreichs enthalte. Der Protest der nationalistischen Vertreter half nichts. Der Berichterstatter wurde von Juin aus dem Beratungszimmer gewiesen, und zehn Mitglieder der Istiqlalpartei folgten dem Ausgewiesenen. Besondere Folgen hat dieser Vorfall bis zur Stunde nicht gehabt, der Sultan hat jedoch, ohne öffentlich zu ihm Stellung zu nehmen, eine Abordnung der Partei empfangen. Dadurch hat sich die hervorgerufene Erregung wieder etwas gelegt. Der französische Generalresident, General Juin, blieb natürlich nicht untätig. Es wird behauptet, dass er in einer Privatunterhaltung dem Sultan mit Absetzung gedroht habe. Das ist offiziell bestritten und gesagt worden, dass der General dem Sultan nur den Rat gegeben habe, einmal gründlich über den Istiqlal und seine Bestrebungen nachzudenken. Ein zweiter Zwischenfall: Der mächtigste Feudalherr Marokkos, der Pascha von Marrakesch, Hadj Thami Glaoui, der über mehrere Millionen den Berbern zugehörige «Untertanen» unbeschränkt herrscht (man sagt von ihm, dass er 300 000 «Gewehre» zur Verfügung habe, die ihm in blindem Gehorsam folgten), hat am Hedya-Fest — an einem der letzten Dezember-Tage 1950 — einen schweren Konflikt mit dem Sultan gehabt. Er hat diesem den Vorwurf gemacht, radikale Reformen zu erstreben, die das Land ins Unglück stürzen müssten. Er hat die Verbindung des Sultans mit dem von den Kommunisten unterstützten Istiqlal gerügt und ihn vor den Folgen gewarnt, die bei einer Untergrabung der religiösen und sozialen Verhältnisse (der Marschall Lyautey, der berühmteste französische Marokkaner, hat Marokko einmal als «Mittelalter mit Elektrizität» bezeichnet) zum Schaden des ganzen Landes eintreten müssten. Der Sultan soll ihm erwidert haben, dass er seine Autorität auch den Paschas gegenüber aufrechterhalten und durchsetzen werde, und er untersage ihm den Zutritt zu seinem Palais.

IV.

Wahrscheinlich haben die beiden Vorfälle dazu beigetragen, dass Robert Schuman die bereits erwähnte Erklärung über die bevorstehenden Reformen für Marokko im Auswärtigen Ausschuss des Parlaments abgegeben hat. Im übrigen ist die Stellung Frankreichs in Marokko, sofern es, schneller als es in Indochina geschah, die

unvermeidbaren Konsequenzen aus den veränderten Verhältnissen zieht, sehr stark. Sehr gute Kenner des Landes versichern, dass die Leistungen Frankreichs überall anerkannt würden, und dass niemand, auch nicht die radikalsten Istiqlal-Leute, seinen Abzug verlangten. Marokko sei, so wird angenommen, der Staat, der gern der französischen Union angehören und mit Frankreich auch weiterhin eng zusammenarbeiten wolle. Frankreich hat in der Tat für die Entwicklung der Wirtschaft im allgemeinen (für die Hebung der Bodenschätze, für die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion, für die Schaffung guter Häfen, von Verkehrsmitteln, sanitären und kulturellen Einrichtungen usw.) dem Lande grosse Dienste geleistet. Man wird überhaupt endlich einmal mit dem von den Kommunisten aus naheliegenden Gründen verbreiteten Märchen aufräumen müssen, nach dem die Europäer in den Kolonien nur ausbeutende « Kolonialisten » gewesen seien. Das ist ein beträchtlicher Teil von ihnen freilich gewesen. Sie haben jedoch auf dem Gebiet der produktiven Arbeit fast überall Ausserordentliches geleistet und viel zur Hebung der Lage der Eingeborenen getan, die es zu einem grossen Teil unter ihren einheimischen Herrschern, vor der Ankunft der Europäer (besonders in Afrika) viel schlechter hatten. Man sollte also gerade hier das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und es nicht zulassen, dass die skrupellose kommunistische Propaganda auf diesem Spezialgebiet nur die negative Seite ausbeutet, der positiven aber mit keinem Worte gedenkt.

*

Diese beiden Zwischenfälle haben eine vorläufige Erledigung dadurch gefunden, dass der Sultan sich schliesslich gefügt und die dem Istiqlal angehörenden Mitglieder seines Kabinetts entlassen hat. Das ist freilich unter einem sehr starken Druck des Generalresidenten und der feudalen Paschas geschehen. Der in Szene gesetzte Marsch der Reitertrupps nach Fez und Rabat, der ohne Kämpfe vor sich ging, hat seinen Zweck, dem Sultan die Macht der feudalen Paschas und Caïds vor Augen zu führen, vorerst erfüllt. Das marokkanische Sultanat ist keine erbliche Dynastie. Der Nachfolger des Herrschers wird jeweilig von den geistlichen und weltlichen Würdenträgern des Landes gewählt, und diese haben auch das Recht, den regierenden Sultan abzusetzen. Ob Frankreich von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht hätte, ist zweifelhaft. Vorläufig hat es die feudalen Paschas zurückgepfiffen, und der Sultan hat die vorgeschlagenen Reformen, obwohl er sie für ungenügend hielt, angenommen und unterzeichnet. Sie bestehen in der Hauptsache in einer stärkeren Beteiligung des Eingeborenenelementes an der inneren lokalen Verwaltung. In den ländlichen Bezirken, wo Gruppen von 2000 bis 5000 Personen (Fraktionen) den Boden kollektiv bebauen, sollen für die Folge die gewählten lokalen Versammlungen (Djemas) ihre Angelegenheiten

selbst beraten und entscheiden. In den Städten erhalten die gewählten Stadtverordnetenversammlungen finanzielle Autonomie, und man erwartet, dass auf diese Weise eine grössere Anzahl von Persönlichkeiten (die bisher gefehlt haben) sich die Kenntnisse aneignen werden, die sie zur Ausübung einer immer grösseren Umfang annehmenden Selbstverwaltung befähigt. Im ganzen Lande soll für die Folge eine bessere Trennung der Gewalten stattfinden, und besonders soll die rechtsprechende Gewalt von den legislativen und verwaltenden Instanzen losgelöst werden.

Ob die gegebenen Versprechen, auf die Zensur zu verzichten und den gewerkschaftlichen Organisationen keine Hindernisse mehr zu bereiten, in der Praxis durchgeführt werden, ist mehr als ungewiss. Dauernd gelangen Klagen nach Paris, dass dem nicht so sei und dass man alle Veranlassung habe, scharf aufzupassen und das Material zu sammeln, das die Nichtinnehaltung dieser Versprechen beweise. Wie lange die radikalen Istiqlal-Elemente, die bereits heute eine vollständige Autonomie des Landes verlangt hatten, zurückgedrängt werden können, ist schwer zu sagen. Ihre Bestrebungen, eine stark privilegierte Grossbourgeoisie der Einheimischen an die Spitze des Staates zu stellen, ist auch von dem grössten Teil der städtischen Arbeiterschaft keineswegs unterstützt worden, und man wird abwarten müssen, ob die hier kurz geschilderte neue Entwicklungsphase des Landes dazu geeignet ist, eine länger dauernde ruhige Entwicklung des Landes herbeizuführen.

V.

Sämtliche Erklärungen der französischen Regierung haben bisher nicht viel zur Beruhigung beizutragen vermocht, und die Ersetzung des Generals Juin durch einen anderen General, Guillaume, wird das ebensowenig erreichen. Die marokkanischen Dinge sind im Fluss, und die Forderungen nach weitgehenden Reformen werden, begünstigt durch die Zeit- und Weltlage, immer dringender erhoben. Es ist durchaus fraglich, ob die von Frankreich zugestandenen und weiter beabsichtigten Reformvorschläge, selbst wenn sie schnell verwirklicht werden, dazu geeignet sind, eine länger dauernde, ruhige Entwicklung des Landes herbeizuführen und die Elemente zurückzudrängen, die bereits heute eine vollständige Autonomie (im Rahmen der französischen Union) verlangen. Vorläufig wird man die grosse Mehrheit der nicht sehr zahlreichen und schlecht organisierten marokkanischen Arbeiterschaft nicht jenen Teilen der städtischen Grossbourgeoisie hinzuzählen dürfen, die die Unabhängigkeitsbewegung führen und natürlich besondere Privilegien erwarten, die mit der Beteiligung an der Staatsherrschaft überall verbunden sind. Die Meinungen sind sehr geteilt darüber, ob die erwähnte Haltung der Arbeiterschaft sich in der nächsten Zeit ändern wird, und es ist

nicht möglich Voraussagen zu machen, die sich durch Tatsachen belegen liessen.

Obwohl die Bestrebungen der Marokkaner, ein neues Statut zu erhalten, durch das ihr Verhältnis zu Frankreich wesentlich zu ihren Gunsten abgeändert wird, während des ganzen Jahres 1951 an Intensität zugenommen haben, sind grössere Unruhen, von einem Fall abgesehen — nicht ausgebrochen. (Von den auf freier Erfindung der ägyptischen Presse beruhenden Tatarennachrichten über die Bombardierung von Fez und anderer Angriffe durch die Franzosen braucht man nicht viel zu sagen, da sie nach den Bezeugungen zuverlässiger neutraler Journalisten einfach erlogen waren.) Anders steht es mit der Revolte am Totensonntag in Casablanca. Sie richtete sich gegen die Wahlen zu den Handels- und Landwirtschaftskammern, gegen die auch der Istiqlal Front gemacht hatte, obwohl der bisher aus 6000 Wählern bestehende Wahlkörper durch eine Verordnung, die auch vom Sultan gezeichnet war, auf 150 000 Wahlberechtigte erhöht worden war. Es kam zu Zusammenstössen mit der Polizei, und man zählte schliesslich 6 getötete und 40 verwundete Marokkaner, 20 verwundete Polizisten und ein Dutzend mehr oder weniger misshandelter Europäer.

Vor kurzem hat der neue Generalresident, General Guillaume, vor der angelsächsischen Presse erklärt, dass es kein «Malaise» in Marokko gebe. Das ist eine etwas kühne Behauptung, die von dem politisch denkenden Teil der Franzosen selbst kaum geteilt werden dürfte. Der General misst vermutlich den Begrüssungen, die er, wie er sagte, von allen Teilen der Bevölkerung erhielt, als er seinen neuen Posten antrat, eine zu grosse Bedeutung bei. Es lässt sich schwerlich bestreiten, dass der allgemeine Aufstand des Vorderen Orients gegen die europäischen Mächte, die sich nicht ohne weiteres von dort und aus Nordafrika verdrängen lassen wollen, von der Arabischen Liga mit Konsequenz vorwärtsgetrieben wird. In Marokko unterstützt sie alle Versuche, den französisch-marokkanischen Vertrag von 1912 zu beseitigen. Er soll, nach ihrer Auffassung, nicht modernisiert, sondern durch eine Autonomie abgelöst werden. Es ist gewiss, dass die Liga, wenn auch mit verteilten Rollen, alle Register ziehen und an alle Fanatismen appellieren wird, um die sogenannte «Befreiung» der arabischen Staaten vom europäischen Joch zu erreichen. Manchmal zieht sie auch mildere Saiten auf. So soll, nach dem linkssozialistischen Pariser Blatt «Franc-Tireur» vom 5. November 1951, der Generalsekretär der Liga erklärt haben, dass die «arabische Welt sich freuen würde, wenn eine Verständigung zwischen Frankreich und Marokko zustande käme», und man hat des öfteren gehört, dass sie gegen ein Verbleiben in der französischen Union nichts einzuwenden hätte, wenn die Unabhängigkeit erreicht sei. Für diese Unabhängigkeit Marokkos tritt sie ganz entschieden ein und behauptet, dass das «Scherifenreich die Reife erreicht habe, die es ihm erlaube,

sich seiner Unabhängigkeit zu erfreuen». Gerade das darf jedoch auch ein der Linken angehöriger Politiker mit einem Fragezeichen versehen und sagen, dass es wenig demokratisch wäre, mit einem Sprung aus der Feudalität in die Unabhängigkeit zu springen. Es wäre ganz gewiss wünschenswerter, zuerst einmal die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lesen und schreiben zu lehren und sie in einer Uebergangszeit vermittelt demokratischer Reformen zur Selbstverwaltung im lokalen Rahmen auf die spätere staatliche Selbständigkeit vorzubereiten. Es ist so gut wie gewiss, dass die arbeitenden Massen nichts davon haben werden, wenn man auf einen Anhub vom Feudalismus in die demokratische staatliche Unabhängigkeit gehoben wird. Nur eine kleine Schicht von Privilegierten wird einen Nutzen daraus ziehen, die Fellachen und städtischen Arbeiter werden nicht weniger, sondern vielleicht noch mehr ausgebeutet werden als bisher. So einfach ist es nicht, einen demokratischen Staat zu schaffen und zu erhalten. Wohl aber ist es einfach, ihn zu diskreditieren, und das liegt wahrlich nicht im Interesse einer wahren Demokratie. In Marokko wie in Nordafrika überhaupt kommt hinzu, dass anarchische Zustände in der gegenwärtigen Weltlage sich zu einer Katastrophe auswachsen könnten. Falls, was niemand wünscht, der grosse Zusammenstoss zwischen West und Ost dennoch über die Welt käme, so wäre Marokko (wir wissen es aus dem Zweiten Weltkrieg) von sehr grosser strategischer Bedeutung. Kann der Westen unter diesen Umständen damit einverstanden sein, dass in einem militärisch so wichtigen Gebiet sich eine unsichere, für die Westmächte gefährliche Lage entwickelt? Die Vereinigten Staaten, die ausgesprochene Feinde jeglichen Kolonialismus sind, haben keinen Zweifel darüber gelassen, dass ganz Nordafrika fest in den Händen des Westblocks sein müsse.

Auch Frankreich muss aus dieser politischen Lage die Konsequenzen ziehen. Es ist ganz gewiss bereit, den Marokkanern weitgehend entgegenzukommen und dem Lande schnellstens eine innere Selbstverwaltung zu geben. Aus Marokko fortzugehen und in eine vollkommene Unabhängigkeit des Landes einwilligen, dazu ist es nicht bereit, und es kann dazu, angesichts der drohenden Gefahren, die heute für die ganze westliche Welt bestehen, auch nicht bereit sein. Der französische Aussenminister hat verschiedentlich — und mit grossem Ernst — betont, dass Frankreich seine Marokko gegebenen Versprechen halten und umfassende Reformen einführen werde. Leider teilt der Sultan selbst diese Auffassung nur halb. In der letzten Thronrede vom 18. November 1951 findet sich der folgende Satz. Nach Hinweis auf die beiden Noten, die er am 13. Oktober und am 1. November 1951 der französischen Regierung überreichen liess, heisst es wörtlich: «Diese Noten lassen keinen Platz für irgendeine Zweideutigkeit, und sie geben unsern Wunsch wieder, die französisch-marokkanischen Beziehungen in einem Ueberein-

kommen geregelt zu sehen, das Marokko die volle Souveränität gibt und Beziehungen zu Frankreich auf neuen Grundlagen im Rahmen der Freundschaft und der Würde für beide Nationen und dem Respekt der höheren Interessen beider Länder herstellt, wobei die Interessen der verschiedenen Elemente, die unser Königreich bewohnen, gewahrt werden sollen.» — Wie man sieht, lässt sich das, was die Franzosen wollen, und das, was der Sultan will, nicht leicht auf einen Nenner bringen. Die Lage Frankreichs, das bereits in Indochina einen schweren Kampf führt, der durch die Logik der Dinge zu einer Verteidigung des Westens gegen den vordringenden Bolschewismus in Ostasien geworden ist, wird durch die marokkanischen Vorgänge, die man im Zusammenhang mit dem gesamten Nordafrika sehen muss, äusserst kompliziert und noch dadurch erschwert, dass die Arabische Liga den Beschluss gefasst hat, die marokkanische Angelegenheit vor das Forum der Vereinten Nationen zu bringen. Es ist der ägyptische Vertreter, der Aussenminister Salaehddine Pascha, der sie dort vertritt. Die Entscheidung, die von der Uno getroffen werden wird, kann von der grössten Bedeutung sein. Die erste Diskussion über die marokkanische Frage hat in der Plenarsitzung vom 14. November stattgefunden. Nach einer kurzen Begründung der Klage durch den ägyptischen Aussenminister ergriff Robert Schuman, der französische Aussenminister, das Wort und stellte in einer sehr geschickten und würdigen Rede den Antrag, die Frage nicht während dieser 6. Session zu verhandeln, sondern zu vertagen. Merkwürdigerweise bat Salaehddine ebenfalls um eine Aufschiebung der Debatte; aber nur bis zu einer der nächsten Plenarsitzungen dieser sechsten Session; diesem Antrag wurde natürlich stattgegeben. Diese Sitzung hat am 13. Dezember stattgefunden. Die Entscheidung der Generalversammlung ging, nachdem beide Teile, die Vertreter der Arabischen Liga und der französische Aussenminister, ausgiebig zu Worte gekommen waren, dahin, die marokkanische Angelegenheit während dieser Session nicht zu behandeln, sondern sie der nächsten, der 7. Generalversammlung im Jahre 1952, zu unterbreiten.

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und Marokko gehen also weiter. Es ist, nach der Entscheidung, die gerade mit Bezug auf Tunis getroffen wurde, nicht zu erwarten, dass Marokko eine vollständige Autonomie erhalten wird, die man den Tunesiern, die sie ebenfalls forderten, in einer am 15. Dezember 1951 dem tunesischen Ministerpräsidenten, Chenik, überreichten Note verweigert hat. Fast zur selben Zeit (das sei nur nebenbei bemerkt) hat der König von Kambodscha (Cambodge) in Indochina ebenfalls seinen Anspruch auf volle Souveränität — freilich innerhalb der französischen Union — angemeldet. Die ehemaligen Kolonien und Protektorate streben alle miteinander nach einer vollen Souveränität, nach einem Statut, wie es Indien besitzt. Das hat der König von Kambodscha ausdrück-

lich hervorgehoben. Ob die europäischen Staaten, Frankreich sowohl wie die andern ein solches Statut auf die Dauer werden verweigern können, ist trotz aller Bedenken, die auch in diesem Artikel angeführt worden sind, zweifelhaft. Wenn Frankreich seine überseeischen Gebiete in einer französischen Union vereinigen will, so kann es, das ist die Auffassung sehr vieler französischer Politiker, die nicht nur der Linken angehören, diese Aufgabe nicht so lange hinausschieben, bis der Gedanke der Union ebenfalls überholt ist und eine vollkommene Unabhängigkeit ausserhalb des Rahmens irgendeiner Gemeinschaft mit europäischen Mächten auf die Tagesordnung gesetzt wird. Hier liegt der eigentliche Gefahrenpunkt, der erkannt werden muss. Die Trennung der asiatischen und afrikanischen Völker von Europa nicht vollkommen werden zu lassen, das ist eine der wichtigsten Aufgaben der europäischen Staatsmänner.

Es ist sicherlich nicht unnütz, ebenfalls die Auffassung eines schweizerischen sozialistischen Nationalrats wiederzugeben, der, als Mitglied einer Kommission des Internationalen Bundes Freier Geschäften, eine mehrwöchige Reise in Nordafrika, hauptsächlich in Marokko, mitgemacht hat. Er hat darüber im «Feuille d'Avis» von Vevey berichtet, dem die volksrepublikanische Pariser Zeitung «L'Aube» vom 2. Februar einige Abschnitte entnommen hat; die folgenden seien daraus wiedergegeben. Der waadtländische Nationalrat *Richard Bringolf* sagt unter anderem:

«Unsere Kommission hat häufige Kontakte mit den nationalistischen Bewegungen von Tunesien, Algerien und Marokko gehabt, besonders mit dem Istiqlal. Die Mitglieder unserer Delegation haben die Ueberzeugung gewonnen, dass diese Bewegungen keineswegs auf den Kommunismus eingeschworen sind oder von ihm dirigiert werden. Es handelt sich um Bewegungen, die sich von den Erklärungen der Vereinten Nationen leiten lassen, die allen Völkern das Selbstbestimmungsrecht zubilligen und dieses Postulat auch für ihr eigenes Land durchführen wollen. Diese Parteien fordern für Marokko die Revision des Protektoratsvertrages, die Autonomie für Tunis und den Verzicht Frankreichs auf die Departemente Constantine, Algier und Oran. Ich möchte nicht behaupten, dass die unmittelbare und totale Verwirklichung dieser Forderungen wünschenswert sei, aber es scheint mir dringend zu sein, dass Frankreich sich schnell bemüht, die Selbständigkeit dieser Länder ein gutes Stück zu erweitern. Damit wird es vielleicht schlimmen Ereignissen vorbeugen und den kommunistischen Einfluss vermindern oder gänzlich beseitigen ... Der Sultan hat bei seiner letzten Pariser Reise für die Marokkaner die Freiheit der gewerkschaftlichen Organisation gefordert, was abgeschlagen wurde. Man muss wissen, dass der Beitritt zu einer gewerkschaftlichen Organisation den Eingeborenen untersagt ist und dass es keine gewerkschaftliche Landesorganisation gibt. Nur die Berufsorganisationen des Mutterlandes sind erlaubt, darunter auch die der CGT, deren kommunistische Führung bekannt ist ... Wenn man den Eingeborenen die Erlaubnis zur gewerkschaftlichen Organisation gäbe, wie es auch vom Istiqlal gefordert wird, so würde man dazu beitragen, den kommunistischen Einfluss einzudämmen ... Die Spannung

nimmt zu, weil die Residenz (die französische Verwaltung) nur Ohren für die Paschas und Caïds zu haben scheint, die ein Ueberbleibsel des feudalen marokkanischen Regimes sind, auf das die französischen Autoritäten sich noch stützen. Man versteht jetzt besser die Haltung des Paschas von Marrakesch, der sich für die Erhaltung seiner Privilegien einsetzt.»

VI

Es war fast wie ein Wunder, daß die tunesischen Unruhen nicht nach Marokko überggesprungen sind. Es hat zwar eine Reihe von Zwischenfällen gegeben, aber im ganzen haben die den Franzosen ergebenden Feudalherren die Ruhe aufrechterhalten können. Daraus kann man natürlich nicht den Schluß ziehen, daß die marokkanischen Forderungen nach größerer Selbständigkeit fallengelassen worden seien. Sie werden nach wie vor von dem Sultan selbst und von der Partei des Istiqlal in der alten Schärfe vertreten, und es war vielleicht eine klug überdachte Politik des Sultans, die tunesischen Schwierigkeiten Frankreichs (die übrigens weiterbestehen) nicht auszunützen, als sie auf ihrem Höhepunkt waren und in ernsthafte Unruhen und bewaffnete Zusammenstöße ausarteten. Nach einer Pause von nahezu 12 Monaten hat der Sultan von Marokko dem Präsidenten der Republik am 20. März durch den französischen Generalresidenten, General Guillaume, ein neues Memorandum überreichen lassen, dessen Forderungen in allen wesentlichen Teilen die alten geblieben sind. Es sollen so schnell wie möglich Verhandlungen beginnen mit dem Ziele einer gründlichen Umgestaltung des Protektoratsvertrages. Als wichtigsten nächsten Schritt wird in dem Memorandum die Schaffung einer eigenen marokkanischen Regierung bezeichnet, die die Geschicke des Landes zu leiten hätte. Es wird in gut unterrichteten Kreisen behauptet, daß die marokkanische Note in einem sehr festen Ton redigiert sei und unverkennbar die Dringlichkeit verrate, die der Sultan seinen Forderungen beimißt. Die französische Regierung ist zweifellos bereit, erneut in Verhandlungen mit dem Sultan einzutreten, da auch sie von der Notwendigkeit der Veränderung des Protektoratvertrags überzeugt ist, in den sich vermutlich die französischerseits anerkannten Reformen hineinarbeiten lassen. Natürlich gehen die marokkanischen Wünsche (wie das hier dargestellt worden ist) wesentlich weiter. Es werden nun höchstwahrscheinlich Verhandlungen mit Marokko und Tunesien zu gleicher Zeit stattfinden, und es dürfte sehr schwer sein, den beiden nordafrikanischen Protektoratsgebieten nicht die gleichen Zugeständnisse zu machen. Die wirtschaftliche Struktur wie auch die politisch-soziale Entwicklung ist zwar in beiden Ländern sehr verschieden, die Bestrebungen nach Selbständigkeit sind jedoch dieselben. Die Schaffung eines souveränen Lybiens, die man kaum ein Meisterstück der großen westlichen Nationen nennen kann, wird nicht ohne Einfluß sein,